

Au, 19. November 2016

## **Kommunalpolitischer Rundbrief Nr. 8**

Liebe kommunalpolitisch interessierte Auer Bürger,

nachdem unser letzter kommunalpolitischer Rundbrief schon wieder ein halbes Jahr alt ist, wollen wir mal wieder über die aktuellen Dinge in der Auer Kommunalpolitik aus unserer Sicht berichten.

An dieser Stelle auch nochmal der Hinweis, dass die Protokolle zu den öffentlichen Gemeinderatssitzungen inzwischen auf der Homepage der Gemeinde Au eingestellt sein sollten (siehe: <http://www.auxental.de/sitzungsberichte>). Leider ist die Gemeindeverwaltung hier sehr im Verzug (aktuell sind die Protokolle nur bis Juli 2016 eingestellt). Vielleicht hilft ja ein Nachfragen seitens der Bürgerschaft, dass sich diese Situation verbessert...

### **Neuer WBU-Kollege im Auer Rat**

Wie die meisten sicherlich schon aus der Presse erfahren haben, hat unsere Listenkollegin Bruni Hummel nach der Sommerpause ihr Mandat als Gemeinderätin aus beruflichen und privaten Gründen niedergelegt. Nach 12 Jahren als Gemeinderätin ist ihr dieser Entschluss nicht leicht gefallen, wir können ihre Entscheidung aber durchaus nachvollziehen und respektieren sie. Wir wünschen Bruni an dieser Stelle nochmals alles Gute für ihre Zukunft und freuen uns natürlich, wenn Sie uns als erfahrene Beraterin bei Bedarf zur Seite steht. Mit Matthias Seelmann-Eggebert hatten wir zum Glück einen interessierten und engagierten Nachrücker auf unserer Liste. Matthias wurde direkt in der Sitzung am 14. September vereidigt und konnte auch schon eigene Akzente in der Ratsarbeit setzen. Matthias lebt seit 12 Jahren in Au, er ist verheiratet und hat 2 Kinder. Er ist promovierter Physiker und hat am Fraunhofer Institut für Angewandte Festkörperphysik gearbeitet.

### **Stromlieferungsvertrag für die Gemeinde Au**

Sein Wissen um Strom und Strommärkte konnte Matthias dann direkt in der Septembersitzung einbringen. Aufgrund neuer Rechtssprechungen ist die Gemeinde ab sofort verpflichtet ihren Strombezug auszuschreiben. Es geht dabei um ca. 100.000 kWh jährlich, was bei einem Preis von ca. 25 Cent pro Kilowattstunde jährlichen Kosten von ca. 25.000 € entspricht. Bislang hat die

Gemeinde ihren Strom von der Badenova bezogen, bei der die Gemeinde auch Gesellschaftsanteile hält. Die Gemeindeverwaltung schlug in ihrer Sitzungsvorlage zu diesem Thema vor, dass die Ausschreibung nicht von der Gemeinde selber durchgeführt wird, sondern sich die Gemeinde an der Ausschreibung der Servicegesellschaft des Gemeindetages (gt-Service) beteiligt. Dies hat zur Folge, dass aufgrund des größeren Auftragsvolumens ggf. niedrigere Preise erreicht werden, aber auch europaweit ausgeschrieben werden muss und nicht unbedingt ein regionaler Anbieter zum Zuge kommt. Matthias und Arno konnten die Argumente der Gemeindeverwaltung (hoher Aufwand für die Vorbereitung der Ausschreibung und aufgrund der Komplexität der Materie Bedenken, ob die Ausschreibung rechtskonform ausgestaltet werden kann) nicht ganz nachvollziehen und haben sich deshalb bei der Abstimmung, ob die Ausschreibung tatsächlich an die gt-Service vergeben werden soll, enthalten. Dann mussten wir uns im Gemeinderat noch entscheiden zwischen „Ökostrom“ und „Ökostrom alternativ“ (dabei kommt der Strom zumindest zu 1/3 aus Anlagen, die in den letzten 6 Jahren neu errichtet wurden). Vor dem Hintergrund, dass die regenerativen Energiequellen in Deutschland noch lange nicht zur vollständigen Deckung unseres Energiebedarfs ausreichen, haben wir drei von der WBU uns für den „Ökostrom alternativ“ ausgesprochen (was jährliche Mehrkosten von ca. 500 € bedeutet hätte) wurden aber im Rat leider von Bürgermeister, Freien Wählern und CDU überstimmt.

### **Belegung des Flüchtlingshauses**

Unschwer zu erkennen ist, dass das Haus für Flüchtlinge und sozial schwache Personen auf dem Grundstück an der Ecke Weiherhofstraße/Dorfstraße immer konkretere Formen annimmt. Der Investor geht davon aus, dass das Gebäude bis im Januar bezugsfertig ist. Damit geht die Frage einher, von welchen Mitmenschen dieses Haus bewohnt werden soll. Der Gemeinde steht laut Erbpacht- und Mietvertrag mit dem Investor ein Belegungsrecht zu. Als Alternative zur Zuweisung von Flüchtlingen zur Anschlussunterbringung vom Landratsamt gibt es aktuell noch die Möglichkeit, das Haus an einen Träger zu vermieten, der „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Ausländer“ betreut. In einer Arbeitssitzung wurde dem Gemeinderat hierzu bereits ein Konzept vorgestellt, das wir stimmig finden. Bevor wir im Gemeinderat hierzu aber eine Entscheidung treffen, wird es – auch auf unser Drängen hin – zunächst eine Bürgerinformationsveranstaltung und dann aber sehr zeitnah auch

eine Entscheidung im Gemeinderat geben. Angedacht ist, dass zur Thematik am 12. Dezember um 18 Uhr im Bürgersaal eine Bürgerinformationsveranstaltung stattfindet, dazu wird in der lokalen Presse bzw. sicherlich auch im Amtsblatt eingeladen werden. Auch wir bitten alle, die sich für dieses Thema interessieren, schon heute, an der Veranstaltung teilzunehmen und sich selber ein Bild von dem Angebot des Trägers, der angedachten Betreuung und den bisherigen Erfahrungen in diesem Bereich zu machen.

### **Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik**

Wie bereits im letzten Rundbrief geschrieben, wurde nun die Umstellung von weiteren 28 Straßenlaternen auf LED-Technik ausgeschrieben. Leider haben nur 3 von 6 angeschriebenen Firmen rechtzeitig ein Angebot abgegeben. Für knapp 1.000 € pro Lampe wird die Umstellung nun vermutlich noch in diesem Jahr durch die Fa. Burgert-Elektro durchgeführt werden.

### **Adlerburg**

Dazu wurde bereits viel in der Presse berichtet. Insgesamt fühlen wir uns im Gemeinderat von der „Salomitaktik“ des Investors doch sehr übergangen. Praktisch kann die geschaffene bauliche Situation dort aber, zumindest was die schon 2014 vom Gemeinderat genehmigten Stellplätze am Oberen Heimbachweg anbelangt, nicht mehr rückgängig gemacht werden. Um v.a. den Anwohnern und Neubürgern in Au weiteren Ärger zu ersparen, haben Ursel und Arno der Befreiung zum Bau der Stützmauern auf dem Gelände zähneknirschend zugestimmt (Matthias hat sich enthalten). Der Gemeinderat hatte bei einem Ortstermin immerhin noch die Verbesserung erreicht, dass die südlichen Stellplätze am Oberen Heimbachweg nun etwas länger ausgestaltet werden. Die nachträgliche Genehmigung der bis zu 6 m in den Außenbereich und auf das Nachbargrundstück reichenden Stützmauer an der südöstlichen Ecke des Grundstücks haben wir drei von der WBU jedoch abgelehnt. Dadurch, dass zwei Gemeinderäte bei unserer letzten Sitzung fehlten und ein Gemeinderat der Freien Wähler mit uns gegen eine Befreiung gestimmt hat und sich einer von der CDU enthielt, wurde der Antrag auf Befreiung (dieser einen Stützmauer, die in den Außenbereich ragt) bei Stimmengleichheit abgelehnt. Jetzt sind wir gespannt, ob das Landratsamt den Rückbau dieser Mauer einfordert und wie der Bauträger mit der Situation umgeht.

## **Verkehr**

Wir hatten schon davon berichtet, dass – auf unsere Initiative hin – im Gemeinderat eine Studie an das Büro Misera vergeben wurde, um die Verkehrssituation am südlichen Ortseingang zu verbessern, d.h. eine eindeutigere Radfahrerführung und eine deutliche Geschwindigkeitsbegrenzung zu erreichen. Dass letzteres dringend notwendig ist, wird auch durch die Messungen der gemeindeeigenen Geschwindigkeitsmesstafel deutlich. Diese hat im Zeitraum 1. Juli bis 14. Oktober 2016 bei knapp 80% der ins Dorf einfahrenden Fahrzeuge eine Geschwindigkeitsübertretung gemessen. Dies trotz der Fahrzeuge, die von Wittnau kommend in die Selzenstraße einbiegen und damit sowieso langsamer als 50 km/h fahren, und trotz der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h ca. 100m nach dem Ortsschild, auf dessen Höhe die Messungen stattfinden. Fr. Misera hat uns nun im Gemeinderat vier Varianten vorgestellt. Von diesen hat der Gemeinderat zwei Varianten (kleiner Kreisverkehr, deutliche Ost-Verschwenkung beider Fahrbahnen) favorisiert und kleine Verbesserungen vorgeschlagen. Diese Varianten sollen nun vom Büro Misera im Hinblick auf deren Umsetzbarkeit und Finanzierung dem Regierungspräsidium vorgestellt werden. Wir sind gespannt, was sich hier weiter entwickelt.

## **Haushalt und Sonderzahlung an den Pensionsfonds**

Nachdem das HH-Jahr 2016 voraussichtlich mit einem guten finanziellen Ergebnis abgeschlossen werden kann, haben wir der von der Verwaltung vorgeschlagenen Sonderzahlung von 50.000 € in den Pensionsfonds beim Kommunalen Versorgungsverband zugestimmt. Diese „stille Reserve“ kann in kritischeren Haushaltsjahren dazu verwendet werden, die jährlichen Beitragszahlungen der Gemeinde an den Pensionsfonds zu verringern, gleichzeitig wird die Sonderzahlung aktuell mit 1% verzinst.

Wir hoffen, Sie und Euch mit diesem Rundbrief wieder auf den aktuellen Stand der Auer Kommunalpolitik gebracht zu haben, freuen uns – wie immer – über Rückmeldungen oder Zuhörer und Fragesteller

in der Gemeinderatssitzung und stehen für Rückfragen natürlich gerne zur Verfügung.

Wir danken für Ihr/Euer Interesse an kommunalpolitischen Themen und Veranstaltungen und wünschen schon jetzt eine besinnliche Adventszeit.

Für die WBU

Eure Gemeinderäte Ursula Gottschall, Arno Mattes und Matthias Seelmann-Eggebert

*Dieser Rundbrief richtet sich an alle kommunalpolitisch interessierten MitbürgerInnen in Au. Er darf gerne weitergeleitet werden. Wer noch Interesse an unserem Rundbriefen hat, darf sich unter der Mailadresse: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de) gerne bei uns melden, dann nehmen wir Sie in den Verteiler auf. Die bisherigen Rundbriefe sind auf unserer Homepage ([www.wbu-au.de](http://www.wbu-au.de)) unter der Rubrik „Aktuelles“ eingestellt.*